

# 2020

DER SCHLEICHENDE TOD DER FREIHEIT

unft  
aben  
1

DEMOKRATIE

Das  
Grund-  
gesetz

Hier  
ruht  
die  
Freiheit  
† 2020

FREEDO'  
OF  
SPEECH

Verstorben  
nach tapferen  
Kampf

Der deutsche  
Rechtsstaat

**RAMIN PEYMANI**

MIT EINEM GASTBEITRAG VON ROLAND TICHY

# Inhaltsverzeichnis

**Gastbeitrag von Roland Tichy** Freiheit und Wohlstand für Alle

**Prolog** Ein Jahr, das alles verändert hat

**Spendabler Staatsfunk** Millionenberater zur Perfektionierung des Framings

**Auf verlorenem Posten** Der Rechtsstaat als Opfer einer irren Migrationspolitik

**Anno 2007** Als man vor den Klimatotalitären noch warnen durfte

**Das europäische Gefängnis** Guy Verhofstadts Lehren aus dem Brexit

**Die große Säuberung** Merkels Staatsumbau und das Thüringer Alibi

**„Vage, unklar, umstritten“** Das Hassrede-Gesetz am Pranger der SZ

**Offener Brief an die Medien** Hört endlich auf, die Gesellschaft zu spalten!

**Refugees Reloaded** Der Sultan erhöht den Migrationsdruck auf die EU

**Die Rückkehr der Staatsbürgerkunde** Franziska Giffey als Ministerin für Volksbildung

**Der Irre aus Hanau** Das BKA lässt die polit-mediale Propaganda auffliegen

**Lebenslügen und Widersprüche** Wie ein Virus die Gesellschaft immer weiter spaltet

**Staatsschuldenkrise 2.0** Es ist keine Lösung, Europa immer ärmer zu machen

**Nun sind sie halt da** Von kleinen Mädchen, die sich rasieren müssen

**Talk ohne Taktgeber** Die linke Sehnsucht nach dem Studiopublikum

**Links gegen links** Wenn das polit-mediale Narrativ ins Wanken gerät

**Der willkommene Feind** Wie sich die Politik Corona zunutze macht

**Hassobjekt Orbán** Der gescheiterte Versuch, eine Diktatur zu erfinden

**Paukenschlag in Thüringen** Ein überraschender Neuzugang im Lager der Rechten

**Dietzenbacher Nebelkerzen** Unklare Motive und problematische Deutsche

**Angst vor der ANTIFA** Wenn Corona plötzlich keine Rolle mehr spielt

**Sie sind wieder da** Was sich nach Corona auf keinen Fall ändern wird

**Die Corona-App** Eine teure Spielerei für Nerds und Neugierige

**Paris liegt längst in Deutschland** Warum die Gewalt von Stuttgart erst der Anfang ist

**Das XXL-Parlament** Warum die Parteien ihre Beute nicht hergeben

**Haldenwangs erfolgreiche Mission** Endlich gibt es so viele rechte wie linke Extremisten

**Machtfaktor Massenpanik** Wie Politik und Medien ihre Herrschaft zementieren

**Die Rassenlehre des ZDF** Warum Weiße keinen Rassismus erleiden können

**Endstation Einheitsmeinung** Die zwangsläufige Zerstörung der Demokratie

**Avanti Dilettanti!** Das systematische Verhindern erstklassiger Parlamente

**„Täter in Uniform“** Die Grüne Jugend sagt dem Rechtsstaat den Kampf an

**Failed State Deutschland** Ein verlorenes Land ohne Hoffnung auf Rettung

**Demokratie in Geisel-Haft** Die Lehren aus den Berliner Demonstrationen

**„Organisiertes Verbrechen“** Geht es Extinction Rebellion bald an den Kragen?

**Moria in Flammen** Von Brandstiftern, Gehilfen und Verteidigern

**Die Garmisch-Lüge** Wie eine junge Amerikanerin zum Hassobjekt wurde

**Geheucheltes Gedenken** Das lange Warten der Opfer auf den richtigen Täter

**Europäisches Erwachen** Paris und Stockholm wollen ihre Städte zurückerobern

**Auf Kriegsfuß mit dem Kapitalismus** Warum Papst Franziskus auf dem Holzweg ist

**The Great Reset** Der nahende Endsieg der globalen Umsturzbewegung

**Der Kampf des Kalifen** Erdogans Beleidigungen helfen nur den Islamisten

**Die Cambridge-Studie** Das gestörte Verhältnis der Jüngeren zur Demokratie

**Madam President** Per Briefwahl zur ersten Präsidentin der USA

**Schamlose Selbstermächtigung** Der antidemokratische Schutzwall der Regierenden

**15 Jahre Kanzlerin** Der Jubiläumsgruß eines beunruhigten Bürgers

**Biedermann und die Brandstifter** Die Grünen auf dem Weg an die Macht

**Die Causa Stahlknecht** Wer mit den Falschen singt, den verstößt die Sekte

**Der UN-Klimagipfel** Nach dem Notstand ist vor dem Notstand

**Corona, Corona, Corona** Wer dem Staatsfunk nicht glaubt, den holt der Tod

**Johnsons unverhoffter Erfolg** Die Briten bekommen einen echten Brexit

**Der natürliche Tod** Nur Geimpfte sterben an ihren Vorerkrankungen

**Zu guter Letzt** Ein Weckruf von Carlos A. Gebauer

**Wer die Freiheit aufgibt, um  
Sicherheit zu  
gewinnen, wird am Ende beides  
verlieren.**

*Benjamin Franklin, Unterzeichner der  
Unabhängigkeitserklärung  
und einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von  
Amerika  
(1706-1790)*

## **Gastbeitrag von Roland Tichy**

### **Freiheit durch Wohlstand für Alle**

Freiheit und Wohlstand sind nach deutscher Erfahrung zwei Seiten einer Medaille. Hyperinflation und Arbeitslosigkeit haben mit dazu beigetragen, dass die Weimarer Republik im Nazi-Regime untergegangen ist. Ludwig Erhard als Schöpfer des Wirtschaftswunders hat mit „Wohlstand für Alle“ die Stabilität der Bundesrepublik gesichert. Er hat es wie folgt formuliert: „Ich erkenne in dem Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft die ökonomische Grundlage eines demokratischen Staatswesens, das als unantastbaren Wert die menschliche Freiheit setzt. Es ist darum auch eine banale Selbstverständlichkeit, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung auf dem Prinzip der Freiheit und Freizügigkeit beruht.“

Das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft wie die ökonomische Grundlage eines demokratischen Staatswesens sind gefährdet. Da ist zum einen die Antwort auf die Pandemie, in der der Staat Freiheitsrechte zurückgenommen hat, als ob es in seinem Belieben stünde sie zu gewähren oder zu kassieren. Gleichzeitig demonstrierte der Staat einen autoritären Auftritt. Zur Jahreswende wurden beispielsweise Böller wie Glockengeläut verboten, beides symbolische Akte, um die Macht des Staates zu demonstrieren, dass er Maßnahmen durchsetzen kann, die mit der Bekämpfung des Virus nichts zu tun haben. Berittene Polizei im Einsatz gegen Bürger, die zu spät auf der Straße erwischt werden - als ob eine Ausgangssperre das Virus beeindrucken würde - sind eher Abdruck einer „Sackgasse psychodramatischer Selbstverhexung“, so der Philosoph Rudolf Brandner. Und

immer wieder die Drohung, dass der Lockdown verlängert werden könnte. Nicht nur die demokratischen Freiheiten werden mit Füßen getreten. Auch Deutschlands Wirtschaftspolitik befindet sich im Abwürg-Modus. Nicht nur wegen Corona. Jetzt vereinen sich die Fehler von Merkels Wirtschaftspolitik zu einer wirtschaftlichen Katastrophe, offenbaren sich als eine der größten Dummheiten der Wirtschaftsgeschichte. Noch fehlt das Bewusstsein dafür. Es ist, als ob ein Wagen mit Tempo 300 auf eine Wand zufährt und der Fahrer nach einem Blick in den Rückspiegel sagt: „Ist doch alles in Ordnung“.

Trotz der Lockdowns lebt die Wirtschaft noch. Lasst uns weitermachen. Aber wie geht es weiter? Mit Freiheit und Wohlstand?

## **Wer glaubt an die Roaring Twenties?**

Die Deutschen sitzen buchstäblich im Frühjahr 2021 auf einem prall gefüllten Geldsack - im statistischen Durchschnitt. Bekanntlich sieht man ja die nicht, die im Schatten stehen und ihre Ersparnisse, ihre Rücklagen für die Altersversorgung aufbrauchen. Selbständige finden in der Betrachtung der Politik keine Berücksichtigung mehr - auch ein Ausdruck des autoritären Staatsverständnisses, das Abhängigkeit schätzt. Im Jahr 2019 hatten deutsche Privathaushalte eine durchschnittliche Sparquote von 10,9 Prozent. Für das Corona-Jahr 2020 werden 16 Prozent erwartet. Besonders die Monate von April bis Juni haben Spuren hinterlassen. Die privaten Konsumausgaben brachen hierzulande im zweiten Quartal 2020 um fast 12 Prozent ein, so die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Die Sparquote stieg spiegelbildlich auf saisonbereinigt rund 21 Prozent. Das ist der mit großem Abstand höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Nach Berechnungen der DZ Bank

dürfte das Geldvermögen der privaten Haushalte im Jahr 2020 um 393 Milliarden Euro auf den Rekordwert von 7,1 Billionen Euro zugenommen haben. Sie seien reicher geworden, nennt die FAZ diesen erzwungenen Vorgang des Zwangssparens. Man wird unfreiwillig „reicher“, wenn Läden und Gastronomie geschlossen, Reisen verboten sind und schon ein Spaziergang in einem Wintersportgebiet die Polizei auf den Plan ruft. Jeder Tag des verlängerten Lockdowns verschärft diesen Zustand.

Unternehmen gehen pleite und verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Ein Drittel der Verkaufsflächen in den großen Einkaufsstraßen der Metropolen sind akut gefährdet. Was weg ist, kommt nicht wieder. Der Sieger heißt Amazon, eine ungeheure Zusammenballung von Macht entsteht in Händen eines Konzerns, der in die Lücke springt, die der Staat öffnet. Die Innenstädte werden zum Friedhof. Der Bundesregierung scheint es egal zu sein. Aber was passiert, wenn der Lockdown endet, und irgendwann muss er enden? Die Investmentbanker von Goldman Sachs träumen vom Wiederaufleben der *Roaring Twenties*: Nach dem Ende des I. Weltkrieges und der Spanischen Grippe tobte das Leben; Lebenshunger, aber auch Wissenschaft und unternehmerische Dynamik sorgten für einen Rausch an Nachfrage und Dynamik. So könnte es sein, wenn die Käfigtüren geöffnet, die Bankkonten geleert werden und die Menschen nachholen, was an Konsum, Reisen und Schönheit zu kurz kam. Dann könnten auch Konzerte, Events und Kultur wieder aufblühen. Könnte so sein - wenn der Lockdown schnell endet und bis dahin die staatlichen Stützungsmaßnahmen weiter das Gefühl vermitteln, dass wirtschaftlich nichts passiert sei. Jede Verlängerung des Lockdowns aber wirkt wie eine weitere Zerstörung der wirtschaftlichen Struktur.

Selbst notorisch regierungsfreundliche Optimisten werden nachdenklich. So rechnet der Ökonom Marcel Fratzscher nicht mehr mit einem schnellen Wirtschafts-Comeback. „Viele Wirtschaftsprägnosen sind zurzeit vom Wunschdenken eines schnellen Endes der Pandemie und einer umgehenden wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2021 geprägt“, schreibt er, „dies dürfte sich als Illusion erweisen.“ Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht davon aus, dass mit der andauernden zweiten Infektionswelle die Wirtschaftskrise nicht so rasch überwunden wird: „So könnte 2021 zum Jahr der Ernüchterung werden, zumindest was die Wirtschaft betrifft.“

## **Die Ernüchterung greift Platz**

Zur Illusion kommt die Rechnung, die jetzt nachgereicht wird. Noch hält sich durch die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes das wirtschaftliche Elend für die meisten Arbeitnehmer in Grenzen, wurden einige Branchen wie etwa der Gastronomie beträchtliche Stützen versprochen, wenn auch noch nicht bezahlt; für Großunternehmen wie Lufthansa und TUI fließen die Euros aus der Staatskasse praktisch unbegrenzt, ansonsten werden Kurzarbeitergeld verlängert und Pleiten einfach untersagt. Aber damit wird die faktische Arbeitslosigkeit nur versteckt. Wirtschaft wird zur Scheinwirtschaft, die nicht erwirtschaftet, sondern Subventionen kassiert und zur Zombiewirtschaft verkommt. Auch die einseitige Bevorzugung der Großunternehmen wäre nicht im Sinne Erhards gewesen. Aber allmählich reichen die Mittel dafür nicht mehr. Die Rückkehr zur ursprünglichen Mehrwertsteuer von 19 Prozent ist ein Eingeständnis: Die Steuern müssen erhöht werden, und das im Hochsteuerland Deutschland. Dazu kommen die

drastischen Verteuerungen von Benzin, Diesel und Heizkosten sowie steigende Sozialabgaben. Das hat nichts mit Corona zu tun, sondern mit einer Politik, die mit ständig steigenden Abgaben ihre Umverteilungs- und Weltrettungspläne finanzieren will. Wenn es wirtschaftlich eng wird, vervielfacht sich die negative Wirkung von Kaufkraftentzug per Steuern und Abgaben. Die Phase der Ernüchterung beginnt. Aber sie führt zu keiner politischen Korrektur. Corona macht Merkels Politik einen Strich durch die Rechnung: Ständige Belastung von wirtschaftlicher Aktivität und von Konsumenten gleichermaßen passt nicht mehr ins Zeitalter von Corona. Aber die Kraft zur Neuausrichtung und Rückabwicklung fehlt.

## **Die Zuspitzung der Energiekrise**

Die Energiewende ist faktisch gescheitert. Nach dem Ende der Kernenergie folgt das Abschalten der Kohlekraftwerke; nun wird Strom importiert. Die hausgemachte Krise spitzt sich zu, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, an dem es besonders schmerzt.

2020 wurde rund 36 Prozent mehr Strom als im Jahr 2019 importiert, während unvermeidlicher Flaute oder Dunkelheit. Dagegen helfen auch keine zusätzlichen Windräder, auf die die Bundesregierung unverdrossen setzt. Hauptimportland für Strom war auch 2020 Frankreich. Dort setzt man weiterhin auf Kernkraft und lässt sich den gelieferten Atomstrom teuer bezahlen. Auch Deutschland exportiert gigantische Stommengen. Diese werden allerdings weitgehend verschenkt, weil die Leistung der Windräder nicht dann anfällt, wenn der Strom gebraucht wird. Hauptkunde für bezahlten Stromexport aus Deutschland ist Österreich, das mit dem deutschen Windstrom-Überschuss Wasser in seine alpinen Hochspeicher pumpt – und den so

produzierten Strom wieder teuer zurückverkauft, wenn Flaute und Dunkelheit Deutschlands Grünstrom zum Versiegen bringen. Gleichzeitig forciert Deutschland den Stromverbrauch mit hohen Subventionen für E-Autos. Es ist ein Subventionskreislauf, der ungeheure Summen verschlingt und jeden Tag teurer wird. Es ist eine Politik, die buchstäblich vorne und hinten nicht zusammenpasst, widersprüchliche Ziele verfolgt und die entstehende Lücke mit Steuergeldern auffüllt.

Der verzweifte Ausweg sind Gaskraftwerke, die mit russischem Gas befeuert werden, das zusätzlich über die Gasleitung Nord Stream 2 direkt aus Russland importiert werden soll. Damit steigt wieder der CO<sub>2</sub>-Ausstoss, den Gaskraftwerke an Stelle der abgeschalteten Kernkraftwerke emittieren. Mit ungeheurer Energie hat Merkel ein System aufgebaut, das immer größere Teile des Wohlstands ins Ausland transferiert und die Energieversorgung pannenanfälliger macht - aber es scheint kaum jemanden zu stören, wenn Deutschland ärmer wird. Es ist eine Art kollektiver Irrsinn, bei dem jeder gefeierte Erfolg wie steigende Stromproduktion durch zusätzliche Windräder zu weiterer wirtschaftlicher Belastung führt; eine Art *Perpetuum mobile* der Selbstzerstörung. Aber noch fließt der Strom, wenn auch teurer.

## **Gefährliche Schuldenfinanzierung**

Noch ist nichts passiert. Finanziert wird Merkels verheerende Öko-Bilanz durch frisch gedrucktes Geld der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Schuldenberg der europäischen Staaten soll zu mittlerweile 70 Prozent mit frisch gedrucktem Geld finanziert werden, schätzen der Vermögensverwalter Pictet und die Financial Times.

Damit zeigen sich katastrophale Fehlentscheidungen Merkels: Die Finanzierung der Staatsschulden durch die EZB war nach den Euro-Verträgen von Maastricht strikt untersagt. Und: Eine Vergemeinschaftung der Schulden galt als Todsünde. Seit der Corona-Krise allerdings haftet Deutschland für den gigantischen gemeinsamen Schuldenfonds der EU-Kommission mit. Die europäische Schuldenunion ist Realität. Dumm für Deutschland: Auch nach der exorbitanten Neuverschuldung im Zuge der Corona-Krise ist Deutschlands Schuldenstand noch in einem Bereich, der auch bei nur geringem Wirtschaftswachstum als tragfähig gilt. Die Mithaftung für die Schulden Frankreichs und Italiens zerstört allerdings genau diese Sicherheit: Gefährlich für Deutschland sind nicht die Schulden, die in Berlin gemacht werden, sondern die der Regierungen in Paris und Rom, für die Deutschland haftet. Schlimmer noch: Weil das Politiker in Paris und Rom sehr genau wissen, steigern sie die Schuldenlast noch.

Warum sollte Frankreich den Rentenbeginn von 59 Jahren auf das hiesige Niveau von 67 Jahren erhöhen, wenn doch Deutschland das Sozialbudget finanziert? Dem Krach mit den kampfeswilligen Gewerkschaften geht jeder Präsident gern aus dem Weg. Warum sollte Italien seine miserable Steuerverwaltung modernisieren, wenn doch Deutschland den Ärger zuverlässig mit frischen Krediten überspielt?

Mit der Haftungsunion habe sich Merkel endgültig in das Buch der Geschichte eingeschrieben, tönte ein Kommentar der ARD. Er meinte unbewusst das Schuldbuch.

## **Inflations-Politik**

Wenn aber Budgetdisziplin und Wirtschaftsreformen, die zu mehr Wirtschaftswachstum führen, ausfallen – was dann? In

der Tradition vieler Länder ist es der Ausweg schlicht Inflation; in Deutschland verblasst endgültig die Angst vor der Hyperinflation, die dazu beigetragen hat, die Weimarer Republik zu zerstören. Inflation lässt die Schulden der Regierungen schrumpfen und enteignet die Bürger wie eine zusätzliche Steuer auf Einkommen und Geldbesitz. Noch sind die offiziellen Inflationsraten gering. Inflation braucht Nachfrage nach Gütern, nur dann können höhere Preise von den Herstellern durchgesetzt werden. Wegen der derzeit erzwungenen hohen Sparquote fällt diese Gefahr momentan teilweise aus - es wird zu wenig gekauft, nicht zu viel. Allerdings hat auch diese ökonomische Regel Ausnahmen: Inflation kann auch durch steigende Kosten verursacht werden. Etwa durch Lohnerhöhungen. Nachdem der Öffentliche Dienst zwischen den Lockdowns bis zu 7,5 Prozent Lohnerhöhung durchgesetzt hat, ist klar: Unter 5 Prozent brauchen die Industriegewerkschaften gar nicht anzutreten bei den kommenden Tarifverhandlungen.

Ein weiterer Faktor der Kostendruck-Inflation: Staatlich administrierte Preise. Und auch da kennt die Regierung Merkel keine Bremsen: Mehrwertsteuererhöhung, Energiepreisseigerungen, Agrarreformen mit steigenden Belastungen für die Bauern - immer neue gesetzlich verordnete Kostensteigerungen treiben die Preise. Sollten die Deutschen nach Corona tatsächlich ihre Konten leeren, wird sich das in einem Inflationsschub entladen, spätestens wenn der Handel nach den heutigen Rabattschlachten seine Lager geräumt hat: Endlich wird Geld ausgegeben, aber die Einkaufstüten bleiben schmal. Einkaufen klappt wieder, aber die Preise steigen. Wobei die offiziellen Inflationsstatistiken den Wirtschafts-Alltag der Konsumenten kaum mehr angemessen widerspiegeln. Nach dem letzten verfügbaren Preisindex sanken die Preise für Verbraucher im November 2020 um -0,7 % zum Vorjahresmonat und -1,0 % zum Oktober. Alles in Ordnung, oder haben Sie zufällig etwas

anderes bemerkt? Wir sollen einer Statistik glauben, nach der sich im Durchschnitt alle Waren um 1,8 % infolge niedriger Energiepreise verbilligt haben. Dummerweise werden allerdings gerade mit Merkels CO<sub>2</sub>-Steuer die Energiepreise angehoben. Und schon im Herbst waren Fleisch und Wurst um +3,9 % teurer sowie Obst um satte +3,7 %. Deutlich günstiger waren zwar Handys (-6,7 %) und Unterhaltungselektronik (-4,5 %). Die Frage stellt sich nun, wie viele Handys Sie gekauft haben und wie viele Äpfel. Sollten Sie Fleisch schätzen, wäre es besser gewesen, einen neuen Fernseher zu kaufen und davon abzubeißen, und schon ist man Inflationsgewinner.

Wohnen sollte man allerdings lieber nicht, denn die Mietpreise folgen früher als später den Immobilienpreisen: Im 2. Quartal 2020 kletterten die Immobilienpreise laut Statistischem Bundesamt im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Prozent. Selbst in den sieben größten deutschen Städten, in denen das Preisniveau 2020 ausgereizt schien, ging es noch einmal nach oben: Bei Eigentumswohnungen um 6,1, bei Häusern um 6,5 Prozent. Aber Inflation? Keine Spur, glaubt man den offiziellen Statistiken und den gebräuchlichen Bescheinigungen. Aber zugegeben: Noch ist es nicht schlimm, sagt der Blick in den Rückspiegel.

## **Das böse Ende der Roaring Twenties**

Wie in den *Roaring Twenties*. Sie endeten mit einem Knall – in Deutschland mit einer Hyperinflation. Geldscheine eigneten sich noch zum Anzünden, aber nicht als Wertspeicher. Auslöser für die Hyperinflation wurden und werden gerne beim Feind gesucht: Der Weltkrieg war verloren, nach dem Friedensvertrag von Versailles waren erhebliche Reparationsleistungen zu leisten. Das waren ungeheure Belastungen, diese sind aber keine Erklärung für

das Anspringen der Inflation. Die sind eher in der damaligen Politik zu suchen. Die ersten demokratisch gewählten Reichsregierungen, zunächst von der SPD geführt, dann von anderen Parteien, verstanden sich vor dem Hintergrund drohender Aufstände und bolschewistischer Revolution als besonders sozial und arbeitnehmerfreundlich. Der Acht-Stundentag wurde eingeführt, die Gewerkschaften erhielten Mitbestimmungsrechte, Sozialleistungen wurden eingeführt und ausgebaut, eine massive Umverteilungspolitik über die Steuerpolitik in die Wege geleitet, Kriegsabgaben auf Einkommen und Vermögen sowie eine Erbschaftssteuer erhoben, ein Reichsnotopfer in Form einer einmaligen Vermögensabgabe durchgesetzt.

In den meisten historischen und damit meist wenig wirtschaftlich fundierten Analysen findet sich der Satz, dass leider die Inflation nicht habe begrenzt werden können. Eher selten findet sich in populären Darstellungen die Erkenntnis, dass die Inflation zusätzlich stimuliert wurde, da das staatliche Ausgabenniveau wegen der Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit auf hohem Stand verharrete und Unternehmen die höheren Steuern auf die Verbraucher abwälzten. Die Folge war eine gigantische Kapitalflucht und eine Radikalisierung des um seinen Wohlstand fürchtenden Bürgertums einerseits wie andererseits der ärmeren Schichten, deren Löhne durch die Inflation entwertet wurden. Es begannen die blutigen und blutrünstigen Jahre der radikalisierten innenpolitischen Auseinandersetzung, deren vorläufiger Endpunkt die Machtübernahme durch Adolf Hitler war. Nein, Weimar liegt weit zurück. Geschichte folgte nicht einer Ursache, sondern vielen. Die Vereindlung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten war sicherlich eine.

Sollte Sie das an aktuelle Forderungen nach Vermögensabgabe und Umverteilung erinnern dann ist das

sicherlich nur eine Wiederholung der Geschichte, die bekanntlich als Farce endet. Oder doch nicht? Waren es in den 1920er-Jahren Kriegsschulden und Reparationen, die Wirtschaft und Gesellschaft belasteten, so ist es derzeit der radikal vorangetriebene klimapolitische Umbau. Das Tempo soll verschärft werden: So will Grünen-Chef Robert Habeck das deutsche Ziel zur Treibhausgas-Reduktion weiter erhöhen. Es müsse auf „mindestens 65 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 angehoben werden“, fordert er. Die CSU folgt dem mittlerweile. Die Landesgruppe der Partei setzt sich für 60 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 ein. Klar ist: Schon das bisherige Ziel von 55 Prozent ist ambitioniert und hat einen Abzug der Industrie und weitere Rücknahme von Investitionen ausgelöst. Das neue Ziel würde Deutschland zu einer auf Verzicht, Arbeitslosigkeit und Mangelversorgung ausgerichteten Politik zwingen. Konsequent fordern die Grünen eine staatliche, wesentlich aktiverne Industriepolitik und den Willen zur wachsenden Staatsverschuldung, sowie eine Steuerpolitik, die nach ideologischen Prinzipien auch wirklich „steuern“ will und die Wohlhabenden stärker belastet.

Das alles klingt ziemlich ambitioniert. Auf die Corona-Belastung wird mit zusätzlicher Klimabelastung reagiert, und auf die Finanzierungsdefizite durch Europa, Corona und Klima mit Steuer- und Abgabenerhebung und staatlicher Planung und Lenkung.

Die Zeiten aber haben sich geändert. Allerdings reagieren die besonders Fixen und Schlauen wie schon damals auf ihre Weise – durch Flucht in Betongold wie Immobilien, in Gold, Aktien und andere tatsächlich oder vermeintlich wertbeständige Anlagen jenseits der staatlichen Währung.

Am heftigsten bewegte sich der Preis für den Bitcoin, die wichtigste Kryptowährung, nach oben. Zum Jahresbeginn 2020 lag die Marke noch knapp über 6.000 Euro. Ein Jahr später ist die elektronische Währung nahezu 30.000 Euro wert. Auch das ist Inflation, wenngleich in einem noch unbedeutenden Sektor. Das Futter für die Inflation ist da – die ungeheure Geldmenge, die von der EZB in die Wirtschaft gepumpt wird. Noch lagert sie weitgehend auf Bankkonten. Aber ein kleiner Zündfunke reicht für Inflationsängste. Dann wird Bargeld abgebaut, massiv und schnell, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nimmt rasant zu. Die Inflation beginnt zu traben.

Gegen Ende ihrer Amtszeit hinterlässt Angela Merkel ein wirtschaftspolitisches Desaster mit Langzeitfolgen. Aber bis jetzt? Es ist alles noch einmal gut gegangen, sagt der Blick in den Rückspiegel.

Es könnte nur sein, dass dabei die Freiheit überfahren wurde, aus Versehen.



Bildquelle: Wikipedia, Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0

### Über den Autor:

*Roland Tichy ist ein deutscher Journalist und Publizist. Er war Chefredakteur der Wirtschaftsmagazine Impulse, Euro und Wirtschaftswoche. Von 2014 bis 2020 war er Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. 2015 gründete er das liberal-konservative Debattenmagazin Tichys Einblick, in dem mehr als ein Dutzend ständiger Kolumnisten sowie zahlreiche Gastautoren publizieren und zu dem er selbst die namengebende Kolumne Tichys Einblick beisteuert. Seit 2016 erscheint Tichys Einblick auch monatlich im Printformat. Tichy ist Mitglied im Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.*